



Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. August 2004, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Paul Finkbeiner, Hanspeter Mohler, Orla Oeri-Devereux, Danielle Schwab, Sabine Sutter

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht der Finanzkommission betreffend Festlegung der Sitzungsgelder des Einwohnerrats und dessen Kommissionen für die Amtsperiode vom 1. Juli 2004 - 30. Juni 2008 ://: Einstimmig genehmigt.	2004/6
2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2003 ://: Einstimmig zur Kenntnis genommen.	04/170
3. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung - Zonenvorschriften Landschaft: Überarbeitung / Mutation :// Einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.	2004/4
4. Wahl der Mitglieder des Wahlbüros für die Amtsperiode 2004-2008 ://: Wahl der Vorgesetzten gemäss Vorlage.	04a/181
5. Postulat von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche ://: Einstimmig an den Stadtrat überwiesen.	04/183
6. Interpellation von Adolf Fluri namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau des Kantinenwegs ://: Erledigt.	04/184
7. Postulat von Adolf Fluri betreffend Liestaler Verkehrsprobleme ://: Mit 23:12 Stimmen an den Stadtrat überwiesen.	04/185
8. Fragestunde	

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen August-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Die Ratsmitglieder sind gebeten, ihr Mikrofon jedesmal anzustellen, bevor sie sprechen, damit alle Voten auf Band aufgezeichnet werden.
- Korrekturwünsche bezüglich des Protokolls sind dem Einwohnerratsbüro schriftlich rechtzeitig zu unterbreiten, so dass die Büromitglieder an ihrer nächsten Sitzung darüber befinden können. Die gewünschte Änderung wird mit der Bandaufnahme verglichen und bei Übereinstimmung mit der Originalaussage vollzogen.
- Wer an den Einwohnerratssitzungen zuhänden der Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder etwas im Saal verteilen möchte, soll dies bitte vorgängig dem Büro melden.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtpräsidentin Regula Gysin betont, sie freue sich auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Einwohnerrat und Stadtrat. Das Wohl von Liestal sei das gemeinsame Ziel. Alle Anwesenden seien nach der Sitzung zu einem Apéro im Rathaus eingeladen.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert ausserdem über die Situation im Glind. Anfang August hätten Fahrende für zwei Wochen Quartier auf dem privaten Gelände des Bauernhofes im Glind bezogen. Die Stadt habe nach deren Ankunft Fragen zu den Themen Verkehr, sanitäre Einrichtungen und Abfallentsorgung geklärt. Eine gesetzliche Grundlage, den Aufenthalt von Fahrenden für zwei Wochen auf privatem Areal in der Landwirtschaftszone zu verbieten, bestehe derzeit nicht. Das zusätzliche Verkehrsaufkommen habe zu Rückmeldungen aus dem betroffenen Quartier und aus Bubendorf geführt. Die Stadt habe daraufhin die Fahrenden zur Rücksichtnahme gegenüber dem Fussgänger- und Fahrradverkehr gemahnt. Dennoch sei das Verkehrsaufkommen auf der landwirtschaftlichen Fahrstrasse erheblich geblieben. Gegen Ende ihres Aufenthaltes habe es Hinweise gegeben, dass Fahrende die Frenke als Toilette benutzt hätten. Diesen Hinweisen werde nachgegangen. Die Stadt Liestal werde nach Lösungen suchen, wie derartige Situationen künftig zu vermeiden seien. Mit dem neuen Polizeireglement solle es möglich sein, eine klare Handhabe für solche Sachverhalte zu schaffen. Der Landwirt vom Hof Glind werde wegen der Verkehrsprobleme sein Land den Fahrenden nicht mehr zur Verfügung stellen. Hingegen habe er im Einklang mit René Nebel von der Stadtpolizei versichert, dass er in Sachen Abfall und Hygiene gute Erfahrungen gemacht habe.
- Stadtrat Ruedi Riesen informiert über den aktuellen Stand beim Lärmsanierungsprojekt der SBB in Liestal. Während der Planaufgabe vom November 2003 hätten die Stadt Liestal und über 60 Private gegen das Auflageprojekt der SBB Einsprache erhoben. Am 10. August 2004 habe eine Besprechung mit dem Bundesamt für Verkehr, den SBB und den kantonalen Instanzen stattgefunden. Dabei sei es zu folgenden Ergebnissen gekommen:
 - 1.) *Die SBB sind bereit, die Lärmschutzwände auf der ganzen Länge des Burg-einschnittes in den Einschnitt zu versetzen. Gleichzeitig werden die Wände so weit erhöht, dass der Lärmschutz gewährleistet bleibt und die Wandoberkante höchstens einen Meter über das Strassenniveau hinausragt.*
 - 2.) *Die SBB untersuchen bis Ende 2004 beim Schwieriübergang die Machbarkeit von Lärmschutztoren. Es geht dabei primär um die technischen Möglichkeiten und deren finanzielle Auswirkungen. Gleichzeitig wird die Stadt Liestal unter dem Aspekt des Orts-*

bildschutzes die Möglichkeit von versetzten Lärmschutzwänden prüfen, die von Fussgängern und Radfahrern umgangen werden können.

3.) Die SBB anerkennen die Vorteile einer Lärmschutzwand entlang der Post-strasse. Allerdings muss mit der Wand ein Abstand von drei Metern von der Geleiseachse eingehalten werden. Dadurch kämen die Wände auf die Verkehrsfläche der Poststrasse zu stehen. Die SBB werden deshalb bis Ende 2004 in einem Projekt die Auswirkungen von Lärmschutzwänden auf den Bereich der Poststrasse aufzeigen.

Anfang 2005 werde das Bundesamt für Verkehr über die Lösungen beim Schwieriübergang und bei der Poststrasse entscheiden. Wenn sich das Amt für Lärmschutzwände in einem dieser beiden Bereiche entscheide, müssten die SBB das gesamte Projekt in Lie-stal nochmals auflegen. Dann wären wieder alle Betroffenen einspracheberechtigt. Wenn es zu keiner Neuauflage komme, werde über die im November 2003 eingereichten Einsprachen im Frühjahr 2005 entschieden. Diese Verfügungen wären dann von den Einsprechenden wieder anfechtbar.

Als **Stimmenzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|--------------------|--------------------------------|
| - Susanne Greiner | (Seite FDP) |
| - Margrit Siegrist | (Seite SP, Grüne, Fraumättler) |
| - Adrian Mächler | (Mitte, Büro) |
-

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen der Traktandenliste beantragt.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Migranten- und Mi-grantinnenparlament (Nr. 2004/7);
 - Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Zi-vilcourage (Nr. 2004/8);
 - Interpellation von Astrid Basler, Grüne, und Franz Kaufmann, SP, betreffend neue Park-plätze beim Spital (Nr. 2004/9).
-

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. Mai 2004

://: Das Protokoll wird aufgrund eines Rückkommensantrags von Bernhard Fröhlich mit folgender Berichtigung genehmigt:

- Auf Seite 922, Traktandum 16 ("Dringliche Interpellation von Philipp Senn betreffend Gewalttätigkeiten am Bahnhof"), heisst es neu im Votum von Bernhard Fröhlich: Jugendliche, die sich in Vereinen engagierten, seien *weniger* gefährdet (statt: ... *nicht* gefährdet).
- Im selben Votum heisst es neu: Jede Woche *müssten* Kinder zwischen 10 und 14 Jahren abgelehnt werden, *weil der FC aus Mangel an Spielflächen nicht mehr Kinder aufnehmen könne* (statt: Jede Woche *würden* Kinder zwischen 10 und 14 Jahren abgelehnt, *die etwas auf die Beine stellen wollten. Hier sehe er kein Engagement*).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2004

://: Das Protokoll wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

- Auf Seite 941, Traktandum 5 ("Legislaturziele 2001-2004, Bilanz"), heisst es neu im Votum von Margrit Siegrist: Es stehe in *den Legislaturzielen...* (statt: Es stehe in *der Bilanz...*).
- Auf Seite 944, Traktandum 6 ("Berichte des Stadtrates und der Fiko betreffend Rechnung 2003"), wird neu im Votum von Philipp Senn in folgendem Satz eine Klammer eingefügt: Zur Angelegenheit mit den verpassten Rückforderungen der Verrechnungssteuer (*Meinung des Büros: gemeint ist die Vorsteuer*)...
- Auf Seite 947 oben, Traktandum 7 ("Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Erschliessung Burgundergebiet"), wird im Votum von Hans Brodbeck *Buchsweg* durch *Fuchsweg* ersetzt.
- Auf Seite 948, Traktandum 7, heisst es neu im Votum von Astrid Basler: ...den Bauern *Land* anzubieten (statt: *Bauland*).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 30. Juni 2004

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:

Auf Seite 8, Traktandum 4 ("Wahl der übrigen Mitglieder des Ratsbüros"), wird bei den Ersatzmitgliedern *Lukas Flüeler* durch *Astrid Basler* ersetzt.

11 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Bericht der Finanzkommission betreffend Festlegung der Sitzungsgelder des Einwohnerrats und dessen Kommissionen für die Amtsperiode vom 1. Juli 2004 - 30. Juni 2008 (Nr. 2004/6)

Die Finanzkommission (Fiko) informiert in ihrer Vorlage folgendermassen:

Gemäss § 15 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats hat der Einwohnerrat zu Beginn einer Amtsperiode die Ansätze für die Einwohnerrats- und Kommissionssitzungen neu festzulegen. Aus diesem Grund schlägt die Finanzkommission dem Einwohnerrat vor, folgenden unveränderten Ansätzen für die Einwohnerrats- und Kommissionssitzungen, gültig für die Amtsperiode vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2008, zuzustimmen:

- Ratssitzungen: pauschal CHF 90.--;
- Kommissionssitzungen: CHF 30.-- pro Stunde. Bei angebrochenen Stunden werden nur für die volle halbe Stunde CHF 15.-- vergütet.

Der Antrag der Fiko lautet:

Dem Antrag der Finanzkommission wird zugestimmt.

Fiko-Präsident Andreas Zbinden (FDP) erläutert, die Finanzkommission schlage dem Einwohnerrat vor, die Sitzungsgelder auf der Höhe der vorhergehenden Amtsperiode zu behalten. Wegen der Finanzlage der Stadt Liestal habe man die Abgeltungen nicht erhöhen wollen. Auf der anderen Seite habe man sie auch nicht herabsetzen wollen, nicht zuletzt wegen eines Vorstosses aus dem Jahr 2003, mit dem die Sitzungsgelder auf tieferem Niveau hätten begrenzt werden sollen. Dieser Vorstoss sei damals mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Es sei auch nicht zu vergessen, dass für diese Abgeltungen viel Arbeit geleistet werde, vor allem in den Kommissionen. Aus diesen Gründen sei die Fiko einstimmig dafür, die Vergütungen auf der geltenden Höhe zu belassen.

Hanspeter Stoll (SP) sagt, seine Fraktion halte dies auch für sinnvoll. Der Antrag im vergangenen Jahr sei übrigens nicht auf gemischte Gefühle gestossen, sondern heftig abgelehnt worden. Die SP-Fraktion schliesse sich dem Antrag der Fiko an.

Heinz Lurf (FDP) äussert, seine Fraktion schliesse sich dem Antrag ebenfalls an, auch wenn die Begeisterung dafür nicht bei allen gleich gross gewesen sei.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) hält fest, seine Fraktion spreche sich ebenfalls für den Antrag der Fiko aus.

Astrid Basler (GL) fügt hinzu, auch die Grüne Fraktion unterstütze den Antrag der Fiko, die Ansätze beizubehalten.

://: Der Antrag der Finanzkommission wird einstimmig angenommen.

12 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

**2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Amtsbericht 2003
(Nr. 04/170)**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) informiert in ihrem Bericht folgendermassen:

Gestützt auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrats hat die Geschäftsprüfungskommission den Amtsbericht der Stadt Liestal geprüft. Die Geschäftsprüfungskommission nimmt den ausführlichen Bericht mit Interesse zur Kenntnis. Sie begrüsst die Schritte, welche die Stadt-exekutive wie auch die Verwaltung im Berichtsjahr unternahmen, um sowohl die Verwaltungstätigkeit zu optimieren wie auch die Kommunikationsmittel zu verbessern.

Die Geschäftsprüfungskommission leistete ebenfalls einen Beitrag dazu, indem sie im Rahmen einer umfangreichen Projektarbeit die Führungsinstrumente der Stadt überprüfte und Vorschläge zur deren Verbesserung unterbreitete. Die Geschäftsprüfungskommission empfahl u.a., dass ein schlankeres Instrumentarium erarbeitet und ein Führungskonzept, welches zu einem einheitlichen Führungshandbuch führt, erstellt wird.

Der Antrag der GPK lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, vom Amtsbericht 2003 Kenntnis zu nehmen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) führt aus, der Amtsbericht 2003 sei der GPK Ende April zur Prüfung zugewiesen worden. Leider sei es nicht möglich gewesen, den Bericht der GPK vor Ende der Legislatur in den Rat zu bringen. Der Amtsbericht ziehe eine Bilanz über die Tätigkeit von Stadtrat und Verwaltung. Er stehe auch in Zusammenhang mit Budget, Jahresrechnung, Jahresprogramm und Legislaturplanung. Alles diese Instrumente seien in den letzten Jahren aufeinander abgestimmt worden. Der Amtsbericht sei sehr informativ. Quervergleiche seien durch die einheitliche Darstellung besser möglich. Einzelne Projekte seien erfolgreich umgesetzt worden, beispielsweise die Reorganisation des Sozialen Dienstes. Anderes brauche mehr Zeit, beispielsweise Projekte, in die der Kanton involviert sei. Die GPK anerkenne die Bemühungen der Stadt, die Verwaltungstätigkeit und die Organisationsstrukturen zu optimieren. Sie danke dem Stadtrat und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung für ihre Arbeit, die sie zum Wohl von Liestal geleistet hätten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, sie wolle im Namen des Stadtrates den Dank der GPK zurückgeben. Die Anregungen und Fragen der Kommission an den Stadtrat seien in sehr konstruktivem Rahmen erfolgt. Dadurch sei ein Austausch möglich gewesen, der auf beiden Seiten Verständnis geschaffen habe.

Das Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) führt aus, ihre Fraktion nehme vom Bericht Kenntnis. Durch ihre Fragen habe die GPK in verschiedenen Punkten Klarheit geschaffen. Ihre Fraktion danke der GPK, dem Stadtrat und der Verwaltung für die grosse Arbeit, die letztlich auch den Einwohnern und Einwohnerinnen von Liestal zugute komme.

Peter Schäfer (FDP) fügt an, seine Fraktion danke ebenfalls dem Stadtrat und der Verwaltung für die grosse und gute Arbeit. Sie danke auch dafür, dass frühere Empfehlungen der

GPK umgesetzt worden seien. Dadurch sei die Lesbarkeit des Amtsberichts besser geworden. Vergleiche seien einfacher. Seine Fraktion sei einstimmig für Kenntnisnahme des Berichts.

Regula Nebiker (SP) erklärt, die SP-Fraktion schliesse sich den Vorrednern an. Sie begrüsse Form und Inhalt des Amtsberichts. Sie sei beeindruckt vom Erneuerungswillen, der darin zum Ausdruck komme. Ein Wunsch der SP-Fraktion sei, dass der Amtsbericht 2004 zwei oder drei Wochen früher fertig werde, damit er im Einwohnerrat noch vor den Sommerferien behandelt werden könne.

Astrid Basler (GL) äussert, auch die Grünen dankten dem Stadtrat und der Verwaltung für den ausgezeichneten Amtsbericht. Ihre Fraktion sei einstimmig für Kenntnisnahme.

://: Vom Amtsbericht 2003 wird einstimmig Kenntnis genommen.

13 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

**3. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung - Zonenvorschriften
Landschaft: Überarbeitung / Mutation (Nr. 2004/4)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht folgendermassen:

Am 11. April 1995 genehmigte der Regierungsrat mit wenigen Ausnahmen und diversen Erwägungen die Zonenvorschriften Landschaft (ZVL) vom 17. Februar 1993. Somit erlangten verschiedene Vorschriften und Bestimmungen keine Rechtskraft. Seit der Beschlussfassung haben zudem verschiedene Gesetzesrevisionen neue Voraussetzungen für die Landschaftsplanung geschaffen. Im Weiteren haben veränderte Gesellschafts- und Umweltverhältnisse neue lokale Bedürfnisse geschaffen. Diesem Umstand müssen Raumpläne Rechnung tragen. Deshalb sind sie aus zweckdienlichen Gründen zu ändern und an die veränderten Verhältnisse anzupassen.

Mit der Überarbeitung der Zonenvorschriften Landschaft sollen die Vorschriften, unter Berücksichtigung der Erwägungen des Regierungsrats vom 11. April 1995, widerspruchsfrei angepasst werden.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Den Änderungen gemäss dem Entwurf zum Zonenreglement Landschaft vom 14. Juni 2004 (synoptische Darstellung) wird zugestimmt.
2. Den folgenden neun Mutationen zum Zonenplan Landschaft wird zugestimmt:
 - a) Spezialzone für Rebbau (anpassen)
 - b) Archäologische Schutzzone Burghalde (anpassen)
 - c) Spezialzone „Im Weideli“ (neu)
 - d) Spezialzone für Deponie Elbisgraben (anpassen)
 - e) Spezialzone für Sammelparkplätze auf „Sichtern“ (neu)
 - f) Spezialzone „Schillingsrain“ (ändern)
 - g) Archäologische Schutzzone „Meienboden/Bienenberg“ (neu)
 - h) Grenzregulierung „Bad Schauenburg“ (anpassen)
 - i) Bauzone W2 / Landwirtschaftszone im „Weideli“ (anpassen)
3. Dem Baulinienplan (Strassen-/Waldbaulinien) Weideliweg – Oesliweg wird zugestimmt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, im Büro sei die direkte Überweisung der Vorlage diskutiert worden. Man habe sich dazu entschlossen, auf eine direkte Überweisung an die Bau- und Planungskommission zu verzichten und statt dessen im Rat einen Antrag auf Überweisung an die BPK zu stellen. Auf diese Weise sei auch eine Rückweisung der Vorlage möglich. Ausserdem seien Kommissionspräsidenten und -präsidentinnen immer froh um Meinungen aus dem Rat zu Punkten in der Vorlage, die eventuell genauer angeschaut werden sollten. Jetzt sei also die Gelegenheit da, der BPK einen Wunsch oder einen Hinweis zu diesem Geschäft mitzugeben.

Pascal Porchet (FDP) äussert, er fände dieses Vorgehen sehr begrüssenswert. Bei einem so umfangreichen Papier sei er sogar dafür, den Einwohnerrat mit einer Zusammenfassung über die Vorlage zu informieren. Es gehe ihm darum, dass man in groben Zügen wisse, worum es bei diesem Geschäft gehe, was es für Auswirkungen für Liestal habe und welche Termine anstünden.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, dies sei an sich ein guter Hinweis. Er selbst sei ebenfalls über das schwere Papier erschrocken. Es gebe darin Doppelspurigkeiten; das Ganze hätte etwas gestrafft werden können. Er verstehe das Anliegen von Pascal Porchet. Es wäre allerdings das erste Mal, im Rat auf diese Weise zu informieren. Dies wäre vielleicht wünschbar, aber nicht notwendig. Es werde eine Kurzfassung der Vorlage zuhanden der BPK entstehen.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grünen unterstützten den Antrag auf Überweisung. Inhaltlich teile seine Fraktion die Vorbehalte des Amts für Raumplanung. Die Grünen seien insbesondere gegen die Parkplätze auf der Sichert. Dieser Plan würden jetzt keinen Sinn machen. Zuerst müsse man wissen, wie dieses Areal genutzt werde.

Franz Kaufmann (SP) fügt hinzu, seine Fraktion sei einstimmig für eine Überweisung an die BPK. Es handle sich um eine komplexe Angelegenheit. Die Kommission müsse sich die nötige Zeit reservieren, um das Geschäft sorgfältig bearbeiten zu können.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) meint, es gehe hier um 40 wichtige Seiten. So etwas liesse sich nicht kurz im Rat abhandeln. Seine Fraktion sei einstimmig für Überweisung.

://: Die Vorlage "Ortsplanung - Zonenvorschriften Landschaft: Überarbeitung / Mutation" wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

14 A1.4.3 Wahlen: Gemeinde und Kreis

4. Wahlbüro - Wahl für Amtsperiode 2004-2008 (Nr. 04a/181)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage folgendermassen:

Gestützt auf § 2 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 22.09.1999 ist vom Einwohnerrat das Wahlbüro, bestehend aus 35 Mitgliedern, zu wählen. Mit stadträtlichem Informationsschreiben wurden die Parteipräsidien unter anderem über den Verteilschlüssel bezüglich der 15 von den Parteien zu nominierenden Wahlbüromitglieder in Kenntnis gesetzt. Die Parteien haben sich in der Folge einvernehmlich auf einen neuen Verteilschlüssel geeinigt, mit welchem jede Partei mindestens 1 Sitz im Wahlbüro erhält:

FDP:	4 Sitze
SP:	3 Sitze
SVP:	3 Sitze
CVP:	1 Sitz
EVP:	1 Sitz
GL:	2 Sitze
Fraumättler:	1 Sitz

Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden wie folgt rekrutiert und selektioniert: Anfrage der bisherigen Wahlbüromitglieder betreffend Wiederwahl; Kandidaturen nach Aufrufen im „Liestal aktuell“; Empfehlungen von Parteipräsidien zu Händen des Stadtrates.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die von den Parteien sowie vom Stadtrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten werden für die Amtsperiode vom 01.07.2004 – 30.06.2008 in das Wahlbüro gewählt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erläutert, bei den Vorschlägen des Stadtrates seien noch fünf Sitze vakant. Wahrscheinlich werde es zu einem späteren Zeitpunkt eine Ergänzungsvorlage geben. Er sei dafür, die vorgeschlagenen Mitglieder für das Wahlbüro in globo zu wählen.

://: Die Mitglieder des Wahlbüros werden gemäss Vorschlag und Antrag in globo einstimmig gewählt:

Von den Parteien vorgeschlagene Kandidatinnen und Kandidaten

1.	Bürgin-Frech Doris, Fraumattstrasse 37	neu	Fraumättler
2.	Burkhardt-Würmlin Christel, Goldbrunnenstr. 29	bisher	SP
3.	Dürrenberger-Thüler Heidi, Oristalstrasse 56	bisher	SP
4.	Gisin-Vogt Hans Peter, Sonnenweg 5	bisher	FDP
5.	Gyalog Renate, Kesselweg 37	bisher	Grüne
6.	Haas Sabine, Rheinstrasse 49	neu	SVP
7.	Köpfli Aurel, Windental 22	neu	SP
8.	Kübli-Wellauer Christoph, Oskar Bider-Strasse 5	bisher	EVP
9.	Mägli-Keplinger Elfriede, Galmsstrasse 1a	bisher	CVP
10.	Meier Simone Christina, Seltisbergerstr. 35	neu	Grüne
11.	Pichler Hansueli, Fraumattstrasse 45	bisher	FDP
12.	Strübin Ruedi, Burgstrasse 21	bisher	FDP
13.	Weber-Gysin Elisabeth, Bruckackerweg 6	bisher	SVP
14.	Weber-Gysin Erwin, Bruckackerweg 6	neu	SVP
15.	Wunderlin-Friedli Vreni, Sigmundstrasse 5	bisher	FDP

Vom Stadtrat vorgeschlagene Kandidatinnen und Kandidaten

16.	Andreis-Niederhauser Regine, Fraumattstr. 40	bisher
17.	Brack-Ganz Monika, Erzenbergstrasse 65	bisher
18.	Braun-Ehrler Verena, Wetterchrüzstrasse 12b	bisher
19.	Bürgin Ernst, Rathausstrasse 6	bisher
20.	Fraefel-Langendorf Paul, Frenkenstrasse 28	bisher
21.	Gysin Annette, Birmannstrasse 5	bisher
22.	Madörin-Imhof Doris, Sonnenweg 13	bisher
23.	Meyer Monika, Kanonengasse 7	bisher
24.	Meyer-Schaub Maya, Goldbrunnenstrasse 43	bisher
25.	Schmid-Gygax Emma, Oristalstrasse 22a	bisher
26.	Studer-Thür Liliane, Dachsweg 14	bisher
27.	Vogt Jürg, Seltisbergerstrasse 49	neu
28.	Weibel-Honegger Anton, Kasernenstrasse 72a	bisher
29.	Wyss Pascal, Fischmarkt 16	bisher
30.	Ziegler Reto, Wetterchrüzstrasse 6	bisher
31.	• <i>vakant</i>	-
32.	• <i>vakant</i>	-
33.	• <i>vakant</i>	-
34.	• <i>vakant</i>	-
35.	• <i>vakant</i>	-

15 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

5. Postulat von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion betreffend Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche (Nr. 04/183)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen, im Speziellen: Anbau einer Küche

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob ein Anbau einer Küche bei den Frenkenbündtenhallen technisch möglich wäre, mit welchen approximativen Kosten man rechnen müsste und wie ein möglicher zeitlicher Realisationsplan aussehen könnte. Ebenfalls wären Ideen erwünscht, wie die Finanzierung sichergestellt werden könnte.

Begründung:

Aufgrund einer Umfrage durch die Sportkommission haben 9 Vereine angegeben, dass ihnen vor allem ein Lokal fehlt, wo sie 200 - 300 Gäste selber bewirten können. Dazu braucht es entsprechende Infrastrukturen bezüglich sanitärische Anlagen und Küche. Die Frenkenbündtenhallen würde sich für die Lösung dieses Problems geradezu anbieten. Dies soll nicht als Konkurrenz, sondern als Zusatzangebot zum Engelsaal verstanden werden. Für "gehobene" Anlässe ist der Engelsaal durchaus das richtige Lokal, für eine einfache Weihnachtsfeier oder für eine Generalversammlung aber weniger. Mit eigener Küche sind die Vereine auch in der Lage, etwas in die Vereinskasse zu erwirtschaften, was bei einem professionellen Angebot in einem Restaurant nicht möglich ist.

Wunsch nach einer solchen Möglichkeit haben angegeben: Fasnachtskomitee, Frauenchor Liestal, FC Liestal, Natur- und Vogelschutzverein, Nordwestschweiz. NKL, Rotstab Clique Liestal, SC Liestal, Schützengesellschaft Liestal, HC Vikings Liestal.

Bernhard Fröhlich, FDP-Fraktion, 21. Juni 2004

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob der Stadtrat das Postulat entgegennehme.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, der Stadtrat nehme den Vorstoss entgegen. Er sehe die Bedürfnisse der Vereine. Ein Ausbau der Infrastruktur in den Frenkenbündtenhallen käme aber nur im Zusammenhang mit der Sanierung der Turnhalle in Frage. Es brauche dazu auch ein bauliches Konzept. Ausserdem müssten Fragen der Bewirtschaftung und des Unterhalts geklärt werden, ebenso die Finanzierung. Auf jeden Fall wolle der Stadtrat das Anliegen prüfen. Eventuell sei dies eine Chance, eine Mehrzweckhalle zu bekommen.

Bernhard Fröhlich (FDP) erwidert, er sei darüber erfreut. Für die Finanzierung müsse man nach kreativen Möglichkeiten suchen. Die Idee zu einem solchen Ausbau sei nicht neu. Das Architekturbüro Otto + Partner habe schon vor Jahren ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet. Die Pläne dazu sollten noch vorhanden sein. Man habe die Hoffnung schliesslich auf die Stadthalle gelegt. Diese sei aber abgelehnt worden. Der Engelsaal schliesse die Lücke nicht, da er sich nur für gehobene Anlässe eigne, nicht aber für Vereinsanlässe, bei denen man mit eigenem Einsatz etwas verdienen könne. Es gehe darum, einen Ort für sportli-

che und kulturelle Anlässe mit hundert und mehr Leuten zu haben, ohne dass jedes Mal eine teure Küchen-Infrastruktur installiert werden müsse. Er sei dankbar für die Unterstützung des Postulats im Rat.

Ernst Burkhardt (SP) meint, man könne diese Idee durchaus wieder aufnehmen, wenn das Geld dafür vorhanden sei. Wenn es um ein Projekt gehe, das Qualität für viele Bewohner und Bewohnerinnen von Liestal bedeute, solle man trotz Sparbemühungen beweglich bleiben. Zu beobachten sei in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Kaserne. Nach den Diskussionen in Bern könne es sein, dass diese nicht vollständig gebraucht werde. Das Interesse und die Nutzung müssten bei diesem Projekt sorgfältig abgeklärt werden, damit nicht Geld in den Sand gesetzt werde. Die SP-Fraktion stimme dem Postulat mehrheitlich zu.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion danke dem Stadtrat, dass er auf das Postulat eingehe. Der Vorschlag mache Sinn. Die Kosten für den Ausbau müssten in den Gesamtplan für die Frenkenbündtenhallen integriert werden. Seine Fraktion sei einstimmig für die Überweisung des Postulats.

Jürg Holinger (GL) äussert, auch die Fraktion der Grünen unterstütze das Postulat einstimmig.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

16 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**6. Interpellation von Adolf Fluri namens der FDP-Fraktion betreffend
Ausbau des Kantinenwegs (Nr. 04/184)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Ausbau des Kantinenweges

Diesem Ausbau wurde vom Stadtrat nach Entwicklungsplan 95 bereits früh (1996) 1. Priorität zugesprochen, wie auch mit den entsprechenden Grundeigentümern Abtretungsverträge abzuschliessen. Der Ausbau wurde von allen Fraktionen befürwortet. Die Frage Kantonsstrasse oder Gemeindestrasse ist immer noch unklar. Endgültige Vereinbarungen mit den Grundeigentümern gibt es noch immer nicht. Von Seiten der Kaserne (Umbau, Renovation) stünde einem Baubeginn für den Ausbau des Kantinenweges im Herbst jedoch nichts mehr im Wege und damit einer Verbesserung unseres Verkehrsnetzes und einer Verkehrsberuhigung vor dem Törl.

- Wie gedenkt der Stadtrat noch in diesem Jahr mit dem Kanton über die Frage klar zu kommen, wer nun die Strasse baut?
- Ist der Stadtrat bereit, konsequent und ohne weiteres Zögern den Weg der Enteignung zu beschreiten, auch gegenüber dem Kanton, um genügend Land bereitstellen zu können, die für Verkehr und Wirtschaft dringend nötige Querverbindung endlich zu erstellen und sie nicht mehr auf die lange Bank zu schieben?
- Welche finanziellen Konsequenzen ergeben sich für die Stadt aus den Vereinbarungen mit den Grundeigentümern (inkl. evtl. Enteignungskosten)?
- Werden vom Stadtrat die Voraussetzungen prioritär verfolgt, mit dem gesamten Ausbau des Kantinenweges und damit der zweispurigen Verbindung Kasernenstrasse / Rosenstrasse noch in diesem Jahr beginnen zu können und diese 2005 fertigzustellen? (Budgetposten für 2004 von Fr. 400'000.- vorhanden, der dafür nötige Restbetrag ist im Budget 2005 zu beantragen).

Adolf Fluri, 14. Juni 2004

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, er wolle die Geschichte des mühseligen Prozesses rund um den Ausbau des Kantinenwegs aufzeigen. Im zweiten Semester 2002 sei ein Projekt zum Kantinenweg als künftige Kantonsstrasse erstellt worden. Im April 2003 sei das Projekt allen Grundeigentümern vorgestellt worden. Im Herbst 2003 habe das Tiefbauamt entschieden, dass der Kantinenweg nicht ins Kantonsstrassennetz aufgenommen werde. Im Winter 2003/2004 habe die Stadt Liestal ein neues Projekt für eine Gemeinde-Erschliessungsstrasse mit Kostenverteiler erstellt. Im ersten Semester 2004 hätten Verhandlungen mit dem Kanton stattgefunden. Es habe Unstimmigkeiten bezüglich Landerwerbskosten gegeben. Beigezogene Experten hätten die Richtigkeit der Haltung der Stadt bestätigt.

Der Stadtrat habe gestern einen Brief an den Regierungsrat verabschiedet, in dem er ihm mitteile, wie es weitergehe. Im August und September 2004 würde das Projekt fertiggestellt. Der Einwohnerrat solle am 22. September über den Projektvorschlag beschliessen können. Im Februar 2005 wäre frühestens Baubeginn. Seit Juli sei der Kantinenweg ein prioritäres

Thema im Stadtrat gewesen. Man habe allmählich die Geduld etwas verloren. Der Stadtrat sei bereit, die Strasse zu bauen. Der Landerwerb würde die Stadt nichts kosten, da die Landerwerbskosten gemäss Reglement zu 100 Prozent von den Grundeigentümern übernommen werden müssten. Die Interpellation sei damit beantwortet.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob die FDP-Fraktion mit den Ausführungen zufrieden sei.

Pascal Porchet (FDP) antwortet, er sei mit den Ausführungen zufrieden. Er halte die Vorwärtsstrategie der Stadt für sehr begrüßenswert. Das ewige Hin und Her zwischen der Stadt und dem Kanton sei hoffentlich vorbei. Der Kantinenweg sei bedeutungsvoll für die Entwicklung von Liestal. Es gehe um ein Gebiet, das für Investoren interessant sei. Die Kaufhauskette Manor beispielsweise wolle dort ein neues Warenhaus bauen, mit einer wesentlich grösseren Verkaufsfläche als im bestehenden Manor-Gebäude. Dies würde auch mehr Arbeitsplätze bedeuten. Zum Glück würden die Grundlagen zu einem solchen Projekt jetzt bereinigt.

://: Die Interpellation ist damit erledigt.

17 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**7. Postulat von Adolf Fluri betreffend Liestaler Verkehrsprobleme
(Nr. 04/185)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Liestaler Verkehrsprobleme

Vom Stadtrat und Kanton Basellandschaft werden Taten verlangt, damit Liestal demnächst nicht in den Verkehrsproblemen erstickt. Nach der Ablehnung des Souveräns, die Haupteinfallsachse auf die Rosenstrasse/Militärstrasse zu verlagern, äusserten sich Stadt und Kanton, gemeinsam nach neuen Lösungen zu suchen und diese in einem Gesamtkonzept vorzuschlagen, um Liestal möglichst bald vom ständig wachsenden Verkehr zu entlasten. Es scheinen leere Worte und Versprechen gewesen zu sein. Denn konkret Neues oder ein zentrumsnaher H2-Anschluss, mit dem die Einfallsachsen entlastet werden könnten, sind nicht in Planung oder vom Kanton auf die lange Bank geschoben worden.

Der Stadtrat wird gebeten, dem Einwohnerrat, unter Berücksichtigung des Volksentscheides (keine Hauptverkehrsachse Rosenstrasse- Militärstrasse), innerhalb eines Jahres konkrete Projekte vorzulegen, welche in sinnvollen Etappen bis in 4 Jahren, zusammen mit dem Kanton, nach einem übergeordneten Verkehrskonzept realisiert werden können. Weitere Ziele müssen sein, der jährlichen Zunahme des Strassenverkehrs Rechnung zu tragen und entsprechende Zu- und Ausfahrten von Liestal so zu gestalten, dass ein flüssiger Verkehr gewährleistet ist und Wohnzonen möglichst schonend mit Emissionen belastet werden.

Adolf Fluri, 20. Juni 2004

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, dass dieser Vorstoss von der Form her eigentlich kein Postulat sei. Via Postulat könne man dem Stadtrat keinen Auftrag erteilen. Dass die Exekutive ein Projekt vorlegen solle, sei eigentlich innerhalb eines Postulats nicht zulässig. Er frage den Stadtrat, ob er das Postulat trotzdem entgegennehmen wolle.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er wolle zunächst eine Standortbestimmung vornehmen. Die Stadt sei bei diesem Thema sehr abhängig vom Kanton. In der Sommerpause sei man aber zusammengesessen. Neue Lösungen würden in einem Verkehrskonzept, das hoffentlich bald zwischen Kanton und Stadt bereinigt werde, festgelegt. Der Stand der Dinge sei folgendermassen: Aus acht Studien zur Umfahrungsstrasse habe der Kanton zwei ausgewählt. Beide würden einen Anschluss vorsehen. Dies sei dem Stadtrat an einer Sitzung im Juli unterbreitet worden. An einer zweiten Sitzung sei allerdings ein Konzeptvergleich vorgelegt worden, die sage, dass beide Studien nicht umgesetzt werden könnten. Ein Anschluss bringe nichts. Die Ausgangslage sei also schwierig. Der Stadtrat sei der Meinung, dass Liestal auf einen Anschluss angewiesen sei. Die Frage sei nun, wie es weitergehe. Der Stadtrat nehme das Postulat an, unter dem Aspekt, dass es wichtig sei, bei diesem Thema weiterzukommen.

Regina Vogt (FDP) betont, es gehe um das Ziel, in Liestal flüssigen Verkehr zu gewährleisten. Ihre Fraktion stehe einstimmig hinter dem Postulat und bitte den Rat, es an den Stadtrat zu überweisen.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) sagt, seine Fraktion sei auch der Meinung, dass Liestal Verkehrsentslastung brauche. Man könne nicht den ganzen Feierabendverkehr über die Poststrasse und auch nicht über die Rosenstrasse fliessen lassen. Ein Anschluss sei nötig. Er müsse bald realisiert werden, damit Liestal sich entwickeln könne. Der Stadtrat solle unbedingt daran weiter arbeiten und beim Kanton Druck machen.

Ernst Burkhardt (SP) wirft ein, seine Fraktion sei zwar für Überweisung, denke aber nicht, dass man so das Problem löse. Der Stau werde einfach woanders weitergehen. Es gebe schon zu viele Zubringer nach Liestal. Die Lösung liege nicht in neuen Strassen. Man müsse weiterdenken.

Marie-Theres Beeler (GL) hebt hervor, die Grünen seien nicht für Überweisung. Ein Ziel des Postulats sei, der jährlichen Zunahme des Verkehrs Rechnung zu tragen. Ein solches Konzept brauche es nicht. Es gebe bereits ein brauchbares Konzept, nämlich den Richtplan 95. Der Stadtrat solle diese Lösung favorisieren. Es könne nicht um die Interessensicherung des Rosenquartiers gehen. Ihre Fraktion stimme mehrheitlich dem Postulat nicht zu.

://: Das Postulat wird mit 23 JA-Stimmen gegen 12 NEIN-Stimmen grossmehrheitlich an den Stadtrat überwiesen.

18 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Fragestunde

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) weist darauf hin, dass es bei der Fragestunde ein paar Spielregeln gebe. Der Fragesteller oder die Fragestellerin sei berechtigt, nach der Antwort bis zu zwei Zusatzfragen zu stellen. Eine Diskussion finde nicht statt. Die Ratsmitglieder seien gebeten, die Fragen jeweils bis Dienstag um 12 Uhr vor der Einwohnerratsitzung beim Einwohnerratssekretariat einzureichen. Im Geschäftsreglement gebe es an sich keine Vorschrift, bis wann die Fragen abzugeben seien.

Hans Brodbeck (FDP) ergänzt, es sei sinnvoll, die Fragen schriftlich einzureichen. Wenn man dies erst an der Einwohnerratssitzung tue, riskiere man, dass der Stadtrat keine Antwort bereit habe. Die Frage solle möglichst in einem Satz formuliert werden. Eine kurze Einleitung dazu sei möglich.

1. Frage, Pascal Porchet (FDP): Das **Plangenehmigungsverfahren der SBB** wurde vor geraumer Zeit aufgelegt. Die Bauprofile der Lärmschutzwände liegen am Boden oder hängen in den Büschen, kaum eines steht noch richtig. Auf Einsprachen wurde bis heute nicht reagiert, nicht einmal eine Bestätigung haben die Einsprecher erhalten. Die Leute sind verunsichert. Was weiss der Stadtrat?

Stadtrat Ruedi Riesen meint, dass die Frage mit seiner Information anfangs der heutigen Sitzung beantwortet sein sollte.

2. Frage, Susanne Brodbeck (FDP): Gemäss Verordnung des Stadtrates beträgt die pauschale Entschädigung für das Primarschulpflege-Präsidium jährlich CHF 15'000.00, was immerhin einer monatlichen Entschädigung von CHF 1'250.00 entspricht. Vor einiger Zeit hat Stadtrat Lukas Ott zugesagt, die Angemessenheit dieser **Pauschalentschädigung** für das nun neue "**Präsidium des Primarschulrates**" zu überprüfen. Ist dies geschehen, und welche Entschädigung beabsichtigt der Stadtrat per Ende 2004 für das Präsidium des Primarschulrates auszubezahlen?

Stadtrat Lukas Ott hält fest, das Thema sei im Stadtrat terminiert. Der Schulrat solle aber im ersten Quartal nach Amtsantritt Zeit haben, sich zu organisieren. Danach würden die Entschädigungen neu beurteilt und die Verordnung rückwirkend in Kraft gesetzt.

3. Frage, Vreni Wunderlin (FDP): Hat Liestal auch ein **SBB-Generalabonnement, Tageskarte Gemeinde**, wie beispielsweise Lausen? Die Tageskarte Gemeinde besteht aus 12 Monatsblöcken mit jeweils vordatierten Tageskarten. Pro Kalendertag gibt es eine datierte Tageskarte, die zu einem durch die Gemeinde festgelegten Preis an Nutzer des öffentlichen Verkehrs weitergegeben werden kann.

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, die Angelegenheit sei bereits einmal auf dem Tisch gewesen, dann aber liegengeblieben. Sie werde nun geprüft. Man müsse sehen, ob dies finanziell machbar sei.

4. Frage, Astrid Basler (GL): Die **Marktflächen auf dem Fischmarkt** sind an den beiden Markttagen Dienstag und Samstag oft verstellt von Autos. Es kommt immer wieder vor, dass die Marktstände aufs Trottoir gestellt werden müssen und die Autos bis zum Mittag parkiert bleiben. Auch für die Marktbesucher ist es sinnvoll, wenn man daneben mit dem Velo parkie-

ren kann. Gleichzeitig wird auch Abstand gewahrt. Der jetzige Zustand ist einfach unmöglich.

Es braucht dringend eine Beruhigung. Könnten die Veloparkplätze Fischmarkt nach oben verlegt werden, neben die Gemüsestände? Könnte man jeweils an den beiden Markttagen einen Teil der Parkplätze sperren?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Wochenmarkt am Fischmarkt jeweils am Dienstag und am Samstag fände immer grösseren Anklang, was sehr erfreulich sei. Die Parkplätze seien dann mit einem Parkverbot mit dem Zusatz "Parkieren verboten dienstags und samstags 07.00 bis 12.00 Uhr" versehen. Morgens um 7 Uhr sei die dem Markt zur Verfügung gestellte Parkfläche zu 90 Prozent nicht mit Personenwagen verstellt. Dies könne die Stadtpolizei klar festhalten, da sie zu dieser Zeit immer am Fischmarkt anwesend sei. Problematisch sei, dass die Standinhaber und -inhaberinnen ihre Fahrzeuge ebenfalls auf der zur Verfügung stehenden Marktfläche parkierten. Im Übrigen könnten die nicht durch den Markt genutzten Flächen ab 9 Uhr morgens wieder als Parkplatz genutzt werden. Es sei nicht einsehbar, weshalb Parkplätze am Fischmarkt leer stehen sollten. Die Situation der Veloparkplätze sei zur Zeit nicht befriedigend. Der Vorschlag, sie nach oben zu verschieben, werde geprüft. Dies könne zu einer Beruhigung der Situation führen.

5. Frage, Elisabeth Weber (SVP): Im Stedtl herrscht eine **Taubenplage**. Wäre es nicht möglich, etwas gegen die vielen kranken Tauben zu unternehmen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, es seien nicht die Tauben im Rathaus gemeint, die von Taubenvater Alex Häring betreut würden und sich bester Gesundheit erfreuten. Die übrigen Tauben würden sich je nach Wetter in Hauseingängen oder anderen schattigen Orten aufhalten, wo sie Futter finden würden. Die sei vor allem vor Bäckereien und Lebensmittelgeschäften der Fall. Die Stadt Liestal werde Möglichkeiten prüfen, die Anzahl Tauben zu reduzieren. Geläufige Formen der Bestandesreduktion seien das Abschiessen sowie das Verteilen von Futter, das zu Unfruchtbarkeit führe.

6. Frage, Elisabeth Weber (SVP): Wäre es nicht eine Überlegung wert, den **Flohmarkt** vom Zeughausplatz auf den Gestadeckplatz zu verlegen? Weder die Besucher noch die Geschäftsleute sind vom jetzigen Standort befriedigt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, die Idee werde im Rahmen der laufenden Arbeiten an den marktgerechten Bestimmungen im Polizeireglement und der Marktverordnung geprüft. Zu beachten sei der erhebliche Einnahmefall bei den Parkgebühren, falls der ganze Gestadeckplatz benutzt würde.

7. Frage, Elisabeth Augstburger (EVP): Am Schöntalweg, der ein beliebter Weg für Fussgänger und Velofahrer ist, wurde vor längerer Zeit von einer Privatperson in der Nähe des **Kindergartens Weiermatt** eine kleine Hütte mit einem Pferdestall gebaut. Vor einigen Monaten brannte dort alles. Die verbrannten Gegenstände liegen nun herum und werden nicht entsorgt. Auch ein defektes Auto sollte weggebracht werden. Wer ist für dieses Grundstück zuständig? Diese Unordnung beeinträchtigt den beliebten Weg an der Ergolz.

Stadtrat Lukas Ott erklärt, Eigentümer sei der Kanton. Er habe die Auflage gemacht, den Platz bis Ende August zu räumen. Wenn dies nicht geschehe, werde dies gegen Verrechnung veranlasst.

8. Frage, Erika Eichenberger (GL): Der **Logopädische Dienst** ist an den Stadtrand umgezogen. Die Eltern müssen ihre Kinder über längere Zeit wöchentlich aus dem Unterricht holen und diese zur Therapie ins Fraumattquartier begleiten. Der Stadtrat wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

- Handelt es sich beim neuen, dezentralen Standort um ein Provisorium?
- Hat der Stadtrat die Möglichkeit geprüft, die Therapien an den einzelnen Schulstandorten durchzuführen, wie dies bei anderen Stütz- und Fördermassnahmen der Fall ist?

Stadtrat Lukas Ott erklärt, der Logopädische Dienst sei nicht befristet, sondern definitiv in die neuen Räume gezogen. Der Dienst sei zwar an der Seestrasse zentral gelegen, aber es habe sich um eine Fremdliegenschaft gehandelt. Aus Spargründen sei man in Räumlichkeiten der Stadt Liestal umgezogen. Die Räume seien neu, hell und würden sich gut für diesen Zweck eignen. Viele Schülerinnen und Schüler kämen im Übrigen aus dem Fraumattquartier, für sie liege der Logopädische Dienst nun näher. Er wolle darauf hinweisen, dass es sich um ein kostenloses therapeutisches Angebot der Stadt handle und appelliere an die Eltern, diese Chance zu ergreifen.

9. Frage, Franz Kaufmann (SP): Im Frühling wurde an der Ecke Fischmarkt/Salzgasse ein **Sammelplatz für Kehrichtsäcke** eingerichtet. In diesem Zusammenhang wurden gleich auch noch die Veloparkplätze vis-à-vis von Foto Spiess aufgehoben. Der neue Veloplatz bei der Sammelstelle ist noch etwa ein Viertel so gross wie der alte. Mit zwei grossen Motorrädern ist er bereits besetzt. Die Velos stehen jetzt häufig an den Hausfassaden. Wer hat sich dabei was gedacht? Und werden die **Markierungen der Längsparkplätze** wieder angebracht?

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, für die Abfallsäcke sei ein separater Platz eingerichtet worden, damit die Säcke nicht immer an den Ecken des Rathauses stehen würden. Dadurch sei eine Verlegung und Verkleinerung des Veloparkplatzes notwendig gewesen. Eine Reduktion des Parkraumangebotes habe man gleichzeitig vermeiden wollen. Ausserdem sei der alte Veloparkplatz schlecht ausgelastet gewesen. Es seien jeweils höchstens drei bis vier Zweiräder darauf gestanden. Das Problem der Velos an der Hausfassade sei auf den Umstand zurückzuführen, dass der vorherige Veloparkplatz direkt vor einer Haustüre gewesen sei. Die Bewohner dieser Liegenschaft hätten dadurch einen Veloparkplatz direkt vor ihrer Türe gehabt. Da der Veloplatz heute etwas versetzt sei, würden die Bewohner ihre Zweiräder nun an der Hauswand abstellen. Dieses Problem habe also nichts mit der Verkleinerung des Veloparkplatzes zu tun. Der Veloparkplatz sei auch heute zeitweise schlecht ausgelastet, weshalb eine Verlegung an einen für die Benutzerinnen und Benutzer optimaleren Ort an den Anfang des Fischmarktes auf Anregung von Einwohnerrätin Astrid Basler geprüft werde. Die Markierungen der Längsparkplätze müssten gemäss Art. 79 Abs. 1^{bis} SSV nicht mehr angebracht werden, da betreffend der Parkordnung Missverständnisse ausgeschlossen werden könnten. Gleichzeitig sei eine optimale Nutzung des Raumes gewährleistet.

10. Frage, Marie-Theres Beeler (GL): Am 18. Mai dieses Jahres gab es bei der **Bushaltestelle am Wasserturmplatz** einen Vorfall, der einen Feuerwehreinsatz erforderte. Ein Autofahrer fuhr in einen Kanister mit Salzsäure, den ein Bus-Passagier mit sich führte. Personen wurden glücklicherweise keine verletzt. Dennoch weist dieser Vorfall auf die Gefährlichkeit der Bushaltestelle am Wasserturmplatz hin.

- Macht sich der Stadtrat aufgrund dieses Vorfalls Gedanken zur Sicherheit der Fussgänger und Fussgängerinnen sowie der Bus-Passagiere am Wasserturmplatz?
- Sind mittelfristig Massnahmen geplant, um die Sicherheit der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen am Wasserturmplatz zu erhöhen?

Stadträtin Regula Gysin antwortet, der Stadtpolizei und dem Stadtbauamt sei die unbefriedigende Verkehrssituation am Wasserturmplatz bewusst. Zur Abgrenzung des Durchgangsverkehrs zum Platz hin sei der Strassenrand Richtung Wasserturmplatz mit einem weissen Strich markiert, was jedoch die meisten Fahrzeuge nicht davon abhalte, den direkten Weg zu suchen und diesen zu überfahren. Eine völlige Trennung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen am Wasserturmplatz sei ohne Aufhebung der dortigen Parkplätze nicht möglich. Die Stadtpolizei nehme die Frage zum Anlass, in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt weitere Massnahmen zur Optimierung der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer am Wasserturmplatz zu prüfen.

11. Frage, Marie-Theres Beeler (GL): Viele Familien suchen in Liestal vergeblich einen Platz in einem Tagesheim, auch wenn es nur für einzelne Wochentage ist. Bereits während der Schwangerschaft muss man sich bereits in Wartelisten eintragen lassen, um Aussicht auf einen Platz in einem Tagesheim (Sunnewirbel oder Homeland) zu bekommen. Für einzelne ist das auch ein Grund, sich nicht in Liestal niederzulassen. Gibt es (ausser dem Beitrag an den Sunnewirbel) Bemühungen oder Überlegungen der Stadt, um die Angebote der **ausserfamiliären Kinderbetreuung** zu verbessern?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, im Prinzip sei die Anfrage mit dem Bericht "Bilanz Legislaturziele 2001-2004", Seite 22/24, beantwortet. Der Stadtrat habe zur Kenntnis genommen, dass ein Bedarf nach zusätzlichen Betreuungsplätzen bestehe, sei aber der Meinung, dass der Kanton Baselland als grösster Arbeitgeber des Kantonshauptortes beim Ausbau von Betreuungsplätzen die Lead-Funktion sowie die Mitfinanzierung einer allfälligen Deckungslücke zu übernehmen habe. Liestal habe mit dem derzeitigen Angebot von teilfinanzierten und subventionierten Tagesbetreuungsplätzen seine finanzielle Leistungsgrenze erreicht. Es wäre denkbar, dass ein Projekt Sunnewirbel II, integriert in die bestehende private Trägerschaft, aufgebaut werde.

Es stelle sich die Frage, ob das Problem im Verbund mit den Nachbargemeinden unter Einbezug des Kantons nochmals erörtert werden solle. Die familienergänzende Tagesbetreuung wäre als regionale Aufgabe besser und betreffend Finanzierung gerechter und solidarischer lösbar. Ein Modell dazu bilde der Verein Tagesfamilien Liestal und Umgebung, mit dem Liestal und die Gemeinden Bubendorf, Lausen, Frenkendorf und Füllinsdorf eine gemeinsame Leistungsvereinbarung abgeschlossen hätten.

Zusatzfrage Marie-Theres Beeler (GL): Ist es nicht als Standortnachteil für Liestal als Wohngemeinde zu werten, wenn zu wenig Tagesplätze angeboten werden?

Stadträtin Regula Gysin meint, sie sehe zwei Seiten. Einerseits ziehe man mit einem guten Angebot gut ausgebildete Frauen an, die volkswirtschaftlich für eine Gemeinde von Bedeutung seien, andererseits auch Frauen, die wirtschaftlich und sozial benachteiligt seien.

12. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): Meine Fragen betreffen die Verordnung über die Benützung öffentlicher Räume, Anlagen und Einrichtungen, und zwar die Vernehmlassung zu den neuen Gebühren.

- Warum wurden die Mitglieder der Sportkommission nicht informiert?
- Warum sind von den 128 Vereinen nur 34 angeschrieben worden?
- Warum wurde die Frist von 4 Wochen bis 31.08.2004 gewählt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin gibt bekannt, dass sie die Fragen jetzt nicht beantworten könne, da sie relativ spät eingereicht worden seien. Die Antwort werde so bald wie möglich folgen und dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht.

Schluss der Sitzung: 19.40 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon